

**Kommentar Wirtschaftspolitik**  
2013/25 | 4. Juli 2013

## Sozialstaat als Standortfaktor

Die Kooperation „Wirtschaftspolitische Gespräche“ zwischen dem Institut für Höhere Studien und der Wirtschaftskammer Österreich widmet sich globalen Wirtschaftstrends mit dem Motto „To learn from the best to become the best“.

Im Fokus der „Wirtschaftspolitischen Gespräche“ am 3. Juli 2013 stand das Thema „Sozialstaat als Standortfaktor“.

Im Rahmen der Wirtschaftspolitischen Gespräche zum Thema „Sozialstaat als Standortfaktor“ waren **Aart de Geus** (Vorsitzender der Bertelsmann-Stiftung und in den Jahren 2002 bis 2007 Arbeits- und Sozialminister der Niederlande), **Markus Beyrer** (Generaldirektor von Business Europe) und **Andreas Schieder** (Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen) geladen, um über die Eigenschaften des Sozialstaates sowie über die Anforderungen an einen modernen und leistungsfähigen Sozialstaat von morgen zu diskutieren. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage, welche Maßnahmen geeignet sind, sowohl die Standortattraktivität eines Landes zu wahren als auch soziale Sicherheit zu gewährleisten.

In ihren einführenden Worten betonte Anna Maria Hochhauser, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich, dass sich die Wirtschaftskammer ausdrücklich zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt, die dadurch gekennzeichnet sei, dass die Grundsätze der Marktwirtschaft - wie Leistung, Freiheit und Eigenverantwortung - mit dem Prinzip der Solidarität verbunden sind. Es sei unbestritten, dass die sozialen Leistungen in Österreich zum sozialen Frieden beitragen bzw. beigetragen haben und der Sozialstaat insgesamt einen wichtigen Standortfaktor darstelle.

Doch neben den wünschenswerten Wirkungen des Sozialstaats dürfe nicht darüber hinweggesehen werden, dass der Sozialstaat in Österreich schwerfällig und zum Teil ineffizient geworden sei und zu Problemen und Belastungen führen könne. So hemmen die hohe Abgabenquote und damit verbunden die hohen Lohnnebenkosten, das Unternehmertum, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Generell gelte, dass der Wohlstand zuerst erwirtschaftet werden muss bevor er verteilt werden kann. Außerdem solle der Sozialstaat nicht nur versorgen, sondern auch aktivieren, insbesondere zu einem gesunden Leben, zu längerem Arbeiten und zur Arbeit statt zum Transferbezug.

Dringend notwendig sei es, die hohen Lohnnebenkosten bzw. generell die Arbeitskosten zu senken und verstärkt in Zukunftsbereiche zu investieren. Als Positivbeispiel für einen reformfreudigen Kurs nannte Generalsekretärin Hochhauser Schweden.

Auch Prof. Keuschnigg betonte, dass der Sozialstaat an sich nicht in Frage gestellt werde, sondern lediglich dessen Umfang. Zwar seien die Ziele des Sozialstaats gut und erstrebenswert, allerdings dürften dessen Kosten nicht außer Acht gelassen werden. Vor allem in Hinblick auf die Internationalisierung der Wirtschaft müssten Länder verstärkt auf ihre Standortattraktivität achten. Generell solle das Prinzip „Vorbeugen statt heilen“ gestärkt werden, was inkludiert, dass der Sozialstaat möglichst wenig in Anspruch genommen werden solle. Insbesondere über den Weg der Bildung könne erreicht werden, dass Leute in Beschäftigung sind und einen gesünderen Lebensstil aufweisen.

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik  
Leitung: Dr. Christoph Schneider  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
wko.at/wp  
wp@wko.at

**Autorinnen:**  
MMag. Claudia Huber  
+43 (0)5 90 900-4243  
[Claudia.Huber@wko.at](mailto:Claudia.Huber@wko.at)

Mag. Karin Steigenberger, BA  
+43 (0)5 90 900-4262  
[Karin.Steigenberger@wko.at](mailto:Karin.Steigenberger@wko.at)

Ein wesentlicher Aspekt sozialer Sicherheit liege aber auch in der Krisenrobustheit von Unternehmen begründet. Denn wenn Unternehmen über eine hohe Eigenkapitalausstattung verfügen und eine gute Performance aufweisen, können sie Beschäftigungssicherheit für ArbeitnehmerInnen gewährleisten, was wiederum eine geringere Beanspruchung des Sozialstaats mit sich bringe.

Aart de Geus ging in seiner Keynote-Speech der Frage nach, ob das niederländische Modell von Sozialreformen - das so genannte „Polder-Modell“ - auf andere europäische Länder übertragbar sei. Unter dem „Polder-Modell“ wird in den Niederlanden die organisierte Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und von der Regierung ernannten ExpertInnen im „Social Economische Raad“ verstanden. Als Beispiele nannte Aart de Geus umfassende Reformen, die die Regierung unter Jan Peter Balkenende ab 2002 umgesetzt wurden. Diese Reformen führten beispielsweise dazu, dass die Arbeitslosigkeit von 14 Prozent zur Jahrtausendwende auf 4 bis 6 Prozent reduziert werden konnte und sich die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen von 10 Prozent im Jahr 1995 auf 50 Prozent im Jahr 2011 erhöhte. Zentrale Maßnahmen dieser Reformen waren höhere Eintrittshürden zur Inanspruchnahme von Leistungen aus der Invaliditätsversorgung, reduzierte Zuwendungen bei nur leicht eingeschränkter Arbeitsunfähigkeit, eine Verlagerung der Arbeitsvermittlung auf die lokale Ebene, reduzierte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Frühverrentungen oder eine Kürzung der maximalen Dauer der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Das Geheimnis des Erfolgs des „Polder-Modells“ sei, dass alle Beteiligten in die Reformgespräche eingebunden werden und keine Entscheidungen auf Kosten Dritter, die nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen wurden, getroffen werden. Darüber hinaus werden Möglichkeiten der Kompensation für Reformverlierer sorgfältig erörtert. Aart de Geus betonte, dass das „Polder-Modell“ den Geist der europäischen Werte lebe, da es nach Lösungen für eine höchstmögliche Gerechtigkeit suche, dabei auf Freiheit setze und eine gerechte und demokratische Teilhabe ermögliche.

Aart de Geus zeigte sich davon überzeugt, dass das „Polder-Modell“ grundsätzlich auf andere europäische Länder übertragen werden könne, die Implementierung aber eine Frage der kulturellen Überzeugung und der Bereitschaft eines hohen Maßes an Konsensorientierung sei.

Markus Beyrer betonte, dass die Krise die massiven Unterschiede, die in der Europäischen Union bestehen, vor Augen geführt hätte. Er identifizierte vier Gemeinsamkeiten, die Staaten auszeichnen, die die Krise relativ gut meistern konnten: 1) Den Erhalt einer starken und wettbewerbsfähigen Industrie, 2) die Durchführung notwendiger Strukturreformen, 3) ein akzeptables Maß an Staatsverschuldung und 4) ein funktionierender sozialer Dialog.

Generell gebe es aber kein Patentrezept, insbesondere aufgrund der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der europäischen Länder. Dennoch sei es wichtig, von anderen zu lernen. Des Weiteren erläuterte Beyrer, dass Europa nicht nur in Hinblick auf Wachstum zweigeteilt sei, sondern ebenso in Hinblick auf die Reformfreudigkeit. Er betonte, dass an notwendigen Strukturreformen kein Weg vorbei führe und versäumte Reformen von nicht nachhaltigen Systemen, vor allem in Krisenzeiten, sehr schmerzhaft Konsequenzen mit sich bringen.

Andreas Schieder strich insbesondere die Bedeutung des Sozialstaates in der Krise hervor: Österreich habe - v.a. im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - die Krise relativ gut gemeistert. Eine der wichtigsten Maßnahmen dabei war das Instrument der Kurzarbeit. Diese habe dazu beigetragen, dass ArbeitnehmerInnen in Beschäftigung blieben und Unternehmen ihre dringend notwendigen Fachkräfte erhalten konnten. Dass Österreich relativ gut dastehe sei sowohl dem Sozialstaat als auch der gut funktionierenden Sozialpartnerschaft in Österreich zu verdanken.

**Wirtschaftskammer Österreich**

Vertretungsbefugtes Organ:

Präsident Dr. Christoph Leitl

Tätigkeitsbereich: Information,

Beratung und Unterstützung der

Mitglieder als gesetzliche

Interessenvertretung.

Blattlinie: Die Kommentare

Wirtschaftspolitik informieren

regelmäßig über aktuelle

wirtschaftspolitische

Themenstellungen.

Chefredaktion:

Dr. Christoph Schneider

Druck: Eigenvervielfältigung

Erscheinungsort Wien

Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung)